

Bilanz des Ratsvorsitzes

Dr. Wilhelm Sandrisser, Sektionsleiter-Stellvertreter im BMI, sprach bei einem juristischen Workshop über Erfahrungen und Ergebnisse des österreichischen EU-Vorsitzes.

Von 1. Juli bis 31. Dezember 2018 übte Österreich den Ratsvorsitz der Europäischen Union aus. Unter dem Motto „Ein Europa, das schützt“ standen im Bereich der inneren Sicherheit der Schutz der europäischen Außengrenzen, Asyl und Migration, der Kampf gegen Extremismus, Radikalisierung und Terrorismus, die Bekämpfung der organisierten Kriminalität, die Stärkung der Polizeikooperation mit einem Fokus auf Schlepperei-Bekämpfung und „Community Policing“ sowie der Komplex „Informationsaustausch/Interoperabilität“ im Zentrum der österreichischen Aktivitäten.

Dr. Wilhelm Sandrisser, Sektionsleiter-Stellvertreter und Leiter der Gruppe Sicherheitspolitik, Internationales, EU, Öffentlichkeitsarbeit und Protokoll im BMI, zeichnete im Innenressort für die inhaltliche und organisatorische Koordination der „Präsidenschaft“ verantwortlich. Am 28. Februar 2019 gab er in einem juristischen Workshop der Rechtssektion einen Überblick über die Unterschiede zum EU-Vorsitz 2006, die Lage zu Beginn des bulgarischen EU-Vorsitzes, die Bedeutung des „Wiener Prozesses“, zu Prioritäten, Ergebnissen und zum nunmehrigen „Follow-up“.

EU-Ratsvorsitz 2006. Bereits 2006, als Österreich zuletzt den Ratsvorsitz innehatte, war Wilhelm Sandrisser für die BMI-interne Koordination zuständig. „Die Voraussetzungen waren damals grundlegend andere als beim Vorsitz 2018“, erklärte Sandrisser. So habe sich nicht nur die weltpolitische Lage verändert – ein von Österreich initiiertes Treffen zwischen der EU, den USA und Russland wie vor zwölf Jahren wäre etwa nicht mehr in Betracht gekommen –, sondern auch der Zusammenhalt innerhalb der Union habe abgenommen und die Zweifel an ihrer Handlungsfähigkeit seien aufgrund der Migrationskrise 2015 in EU-Mitgliedstaaten gewachsen. Zudem seien 2006 die Ge-



Juristischer Workshop: Gruppenleiter Wilhelm Sandrisser, Mathias Vogl, Leiter der Rechtssektion im BMI.

dem EU-Umfeld stark zugenommen“, sagte Sandrisser und verwies etwa auf die Konflikte in Syrien oder der Ukraine. Insgesamt sei die EU-Politik im Bereich innere Sicherheit bis zum österreichischen Vorsitz eher „reaktiv und stückwerkartig“ erfolgt. Bei der Migration stand die „Verteilung“ im Fokus, Herausforderungen durch Extremismus widmete man sich erst, wenn sich diese gewaltsam äußerten, beim Thema „Kriminalität“ stand die Deliktsbekämpfung im Vordergrund. „Die Frage, wo wir im Bereich innere Sicherheit eigentlich hinwollen, wurde wenig gestellt. Man habe vielmehr eine Art Bedrohungs-Reaktionspolitik umgesetzt“, bewertete dies Sandrisser.

staltungsmöglichkeiten des Rates etwa im Vergleich zur Europäischen Kommission deutlich größer gewesen. „Während der Handlungsspielraum der Präsidenschaft abgenommen hat, haben aber die Herausforderungen aus

ZUR PERSON

Dr. Wilhelm Sandrisser studierte Rechtswissenschaften an der Universität Graz. Nach der Gerichtspraxis arbeitete er von 1989 bis 1998 an der Landesverteidigungsakademie, wo er zuletzt als Hauptreferatsleiter am Institut für Strategische Forschung tätig war. Nach vier Jahren in der politischen Kommunikationsarbeit kam er 2003 ins Bundesministerium für Inneres und wurde Sektionsleiter-Stellvertreter im BMI. Derzeit leitet er die Gruppe für Sicherheitspolitik, Internationales, EU, Öffentlichkeitsarbeit und Protokoll. Bereits von 2005 bis 2006 war er im BMI für die inhaltliche und organisatorische Koordination des EU-Ratsvorsitzes zuständig. Seit 2010 ist er Delegationsleiter im hochrangigen EU-Ausschuss zur inneren Sicherheit (COSI).

Sicherheitsunion 2020/2025. Österreich war daher bestrebt, den Ratsvorsitz im Bereich des Inneren anders anzulegen und stärker in die Zukunft zu blicken. Dazu diente der „Wiener Prozess“, der 2017 auf Initiative des österreichischen Innenministeriums gestartet wurde. Bis zum Ende der Präsidenschaft erarbeitete der Vorsitz in diesem Rahmen das „Wiener Programm“ für eine bürgernahe, krisenfeste und zukunftsfähige Sicherheitsunion 2020/2025. Beteiligt waren zunächst neun bisherige und zukünftige EU-Präsidenschaftsländer von 2016 bis 2020 (Österreich zusammen mit Slowakei, Malta, Estland, Bulgarien, Rumänien, Finnland, Kroatien und Deutschland). In einer zweiten Phase wurden auch die Vorsitzländer bis 2022 und Österreichs Partner im „Forum Salzburg“ eingebunden sowie in der dritten Phase alle EU-Staaten. Mitgewirkt haben auch Vertreterinnen und Vertretern der Europäischen Kommission (EK), des Europäischen Parlaments (EP), des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD) sowie externe Expertinnen und Experten wie Joachim Bitterlich, langjähriger Berater des früheren deutschen Kanzlers Helmut Kohl. Definiert wurden fünf Schlüsselherausforderungen, an denen

Österreich auch nach seinem Vorsitz mit der aktuellen rumänischen sowie künftigen Ratspräsidentschaften weiter arbeitet: „EU-Außengrenzschutz krisenfest machen“, „krisenfestes EU-Asylsystem schaffen“, „Extremismus und Terrorismus den Nährboden entziehen“, „Polizei Kooperation stärken“ und „digitale Sicherheit gewährleisten“. Um eine „Sicherheitsunion 2020/2025“ mit dieser Prägung verwirklichen zu können, wurden als wichtige Querschnittsthemen die Förderung europäischer Werte, die Förderung der Integrität in der EU und den Mitgliedstaaten, die Stärkung der Zusammenarbeit mit Drittstaaten sowie die Vertiefung der Kooperation zwischen innerer und äußerer Sicherheit identifiziert.

Unter Österreichs Vorsitz fanden im 2. Halbjahr 2.722 Veranstaltungen und Tagungen statt, darunter vier Treffen der Staats- und Regierungschefs, 36 Ministerräte in Brüssel und Luxemburg, 2.062 Sitzungen von Vorbereitungsgremien des Rates, 161 Trilogie mit dem Europäischen Parlament, sieben Plenartagungen im Europäischen Parlament, 14 informelle Tagungen der unterschiedlichen Ratsformationen sowie 363 weitere Vorsitz-Veranstaltungen. Es wurden 53 politische Einigungen mit dem Europäischen Parlament und 75 Einigungen im Rat erzielt, 56 Schlussfolgerungen und Empfehlungen angenommen, 509 weitere Entscheidungen des Rates erreicht und 52 Rechtsakte vom Rat und dem Europäischen Parlament unterschrieben.

Aus Sicht des Innenministeriums verwies Dr. Wilhelm Sandrissler auf eine ganze Reihe von Erfolgen: So sei es gelungen die EU-Grenzschutzagentur Frontex für einen „krisenfesten EU-

Außengrenzschutz“ zu stärken, etwa durch eine Ermöglichung von Frontex-Unterstützung in Drittstaaten sowie eine stärkere Rolle bei der Rückführung. Im Bereich „Asyl und illegale Migration“ seien die Arbeiten im Sinne des von Österreich initiierten Paradigmenwechsels vorangetrieben worden. Statt wie früher auf Verteilung von geschleppten Migranten wurde der Fokus auf die Kooperation mit Drittstaaten und den Außengrenzschutz gelegt. Dazu hat der Vorsitz ein neues Konzept über einen „Mechanismus für Verantwortung und Solidarität“ entwickelt, dessen Eckpunkte etwa von der EU-Kommission aufgegriffen wurden und auch nach der Präsidentschaft weiter verfolgt werden. Erarbeitet wurde weiters ein effektives Verfahren für Asyl und Rückführung, und im Rat konnten Einigungen zur Errichtung eines EU-Verbindungsbeamtennetzes sowie zur Verbesserung der Sicherheit bei Ausweisdokumenten und Aufenthaltstiteln erreicht werden. Darüber hinaus sind beträchtliche Fortschritte im Kampf gegen Extremismus und Terror sowie bei der Förderung von EU-Werten zu verzeichnen.

Wertekonferenz. Einen wichtigen Beitrag stellte dabei die „Wertekonferenz“ dar, die am 19. und 20. November 2018 in Wien stattfand. Im Rat konnte in der Folge Einigung erzielt werden, den Schutz jüdischer Gemeinschaften zur EU-Aufgabe zu machen, terroristische Online-Inhalte verpflichtend zu löschen und die erleichterte Nutzung von Finanzdaten sicherzustellen. Der Kampf gegen den politischen Islam wurde von Österreich auf die EU-Agenda gebracht.

Für das ATLAS-Netzwerk der EU-Sondereinheiten wird ein ständiges „Support Office“ eingerichtet. Auch in der Stärkung der europäischen Polizei-

kooperation, im Kampf gegen die organisierte Kriminalität und bei der Förderung des Informationsaustausches fällt die Bilanz für Sandrissler positiv aus. Unter seinem Vorsitz wurde im hochrangigen Ausschuss zur inneren Sicherheit (COSI) ein EU-Anti-Schlepper-Paket erarbeitet und im Rat beschlossen und „Community Policing“ breit erörtert. Auch die Kooperation mit den Westbalkan-Staaten konnte gestärkt werden. Das erfolgte durch die Ausdehnung der „Prüm-Kooperation“ auf den Westbalkan, den Abschluss von „Frontex-Statusabkommen“ mit Balkan-Staaten sowie die Verabschiedung eines Westbalkan-Aktionsplans zur Terrorismusbekämpfung. Überdies gelang eine politische Einigung zu einem EU-Katastrophenschutzmechanismus.

Beim Ausblick auf kommende Präsidentschaften sieht Sandrissler die Grundlagen für die geplante „Sicherheitsunion 2020/2025“ gelegt: „Unter Bezugnahme auf den „Wiener Prozess“ hat der Innenministerrat im Dezember 2018 Eckpunkte für die künftige strategische Ausrichtung im Bereich innere Sicherheit beschlossen.“ Zur Umsetzung haben im Jänner, März und April 2019 bereits drei von Österreich initiierte Treffen mit künftigen Präsidentschaften in Wien und Berlin stattgefunden. „Gemeinsam arbeiten wir an einem neuen strategischen Ansatz, bei dem Themen wie Migration, organisierte Kriminalität oder Extremismus und Terrorismus nicht wie bisher getrennt, sondern gesamtheitlich angegangen werden sollen“, sagte der Gruppenleiter. Man sei sich auch einig, dass der Rat und die Kommission nicht weiter nebeneinander, „sondern gemeinsam an einer neuen Sicherheitsstrategie arbeiten müssen.“ *Gregor Wenda*

25 JAHRE COPART

Kreative Polizisten

Der Verein kreativer Exekutivbeamter Österreichs – COPART feiert 2019 sein 25-jähriges Bestehen. In den vergangenen 25 Jahren gab es Hunderte Veranstaltungen, auch mit bekannten Kulturschaffenden der österreichischen Musik- und Kabarettzene.

Beim traditionellen COPART-Jahresempfang am 19. Februar 2019 im Atrium der ÖBV in Wien wurde der



25 Jahre COPART: Jubiläumsfeier im Atrium der ÖBV Wien.

Kulturpreis „Artcop 2019“ an den Kabarettisten Gery Seidl verliehen und der „COPART-Kurier 2019“ präsentiert.

Am 17. Juni 2019 gibt es im Tivoli in Wien die Veranstaltung „25-Jahre-COPART-Jubiläumsmix“. Den musikalischen Rahmen des diesjährigen Jahresempfangs gestaltete Rubi Biber, ein Wiener Musikergestein und jahrelanger Wegbegleiter von COPART.

Georg Ragyoczy

FOTO: ADOLF ACHTSNIT